

04.05



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Bildung für nachhaltige Entwicklung im Aufwind
Agrarreform: Neue Pfründe statt Öko-Wende?
Gentechnikgesetz: Taktieren im Parlament
Feinstaub: Streit um wirksame Maßnahmen**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 11 (2005), Heft 04

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Deborah Bernsdorf (db)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung im Aufwind

Liebe Leserinnen und Leser,

am 13. Januar fand vor 350 geladenen Gästen beim ZDF in Mainz die Auftaktveranstaltung der Bundesrepublik zur UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" statt. Unter dem Motto "Zukunft macht Schule" entwarfen Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Naturschutz ihre Visionen vom Deutschland in 20 Jahren und diskutierten mit den anwesenden Verbandsvertretern über konkrete Umsetzungsmaßnahmen.

Besonders bunt war der "Markt der Möglichkeiten", bei dem sich auch etliche DNR-Mitgliedsverbände mit konkreten Projekten zur Bildung für Nachhaltigkeit präsentierten. Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU), die Deutsche Umwelthilfe, der BUND oder der Landesbund für Vogelschutz (LBV) präsentierten hierbei Projekte vom Kindergarten bis zur Aus- und Weiterbildung.

3,5 Millionen Menschen sahen die einstündige Zusammenfassung - ein bemerkenswertes Schlaglicht, aber wir haben noch viel Arbeit vor uns.

Kommunikation, Kommunikation, Kommunikation... Dies wird sich zu einem Schwerpunkt der Arbeit der Natur- und Umweltschutzverbände in unserem Land entwickeln müssen, denn noch immer sind die Ziele der Nachhaltigkeit zu vielen Menschen unbekannt, zu wenige Kolleginnen und Kollegen wissen über Materialien und Modellprojekte im schulischen und außerschulischen Bereich Bescheid.

Um diesen Defiziten entgegen zu wirken, beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder einige Verbände des Deutschen Naturschutzrings an Deutschlands größter Bildungsmesse Didacta in Stuttgart. Fünf Tage lang präsentierten der NABU, der LBV, die ANU, die Aktion Fischotterschutz und der DNR ihre Materialien und Projekte und stießen auf große Resonanz beim Fachpublikum.

Zum ersten Mal fand auf der Didacta in Stuttgart ein UNESCO-Tag statt. An diesem Tag wurden durch das Deutsche Nationalkomitee zur Begleitung der UN-Dekade 60 Projekte mit dem Titel "Offizielles Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgezeichnet, die

modellhaft aufzeigen, wie sich nachhaltige Entwicklung im Bildungsbereich erfolgreich umsetzen lässt. Damit will die deutsche UNESCO-Kommission den Gedanken der Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Breite tragen.

Unter den ausgezeichneten waren auch viele Projekte von DNR-Mitgliedsorganisationen, u. a. die "Blaue Schatzkiste" der Ökostation Freiburg, "Pauk and Ride" vom Umweltpädagogischen Zentrum Nürnberg sowie Projekte weiterer Träger: Ökologisches Schullandheim Licherode, Haus des Waldes in Stuttgart, Ökodomäne Boppe, Alberino, BUND Biberach, artefact aus Glücksburg und Umwelt lernen aus Frankfurt am Main. Ebenfalls vertreten war das Projekt "Leben gestalten lernen" des LBV. Der nächste Deutschland-Rundbrief wird ausführlicher über die Projekte berichten.

► Ich bin sicher, auch in den Mitgliedsverbänden des Naturschutzrings, die sich bisher noch nicht an dieser Ausschreibung beteiligt haben, gibt es noch viele Projekte, die auszeichnungswürdig sind. Nutzen Sie die Möglichkeit, zwei Jahre lang mit einer UNESCO-Flagge und dem entsprechenden Logo für Ihr Projekt zu werben. Weitere Informationen finden Sie unter www.dekade.org im Internet.

Nordrhein-Westfalen hat am 8. März als erstes Bundesland eine eigene Auftaktveranstaltung zur UN-Dekade durchgeführt. Das Land will einen Aktionsplan erarbeiten, der interdisziplinäres und interkulturelles Lernen fördert. Andere Bundesländer werden folgen und es gibt auch schon erste Koordinationsstellen in den Ländern, die die Aktivitäten der Verbände zur UN-Dekade koordinieren sollen. Nach den ersten drei Monaten ein - wie ich meine - mehr als gelungener Auftakt für ein immerhin zehnjähriges Vorhaben.

Lassen Sie sich anstecken von der Initiative und dem Engagement der Akteure und begleiten Sie uns aktiv auf den noch ausstehenden 9¼ Jahren, um dem etwas näher zu kommen, was UN-Generalsekretär Kofi Annan als größte Herausforderung für das 21. Jahrhundert bezeichnet: "Die noch so abstrakt erscheinende Idee einer nachhaltigen Entwicklung zur Realität für alle Menschen dieser Erde zu machen."

Ihr
Klaus Hübner
LBV, Mitglied des DNR-Präsidiums

2 Impressum

3 Editorial

- Bildung für nachhaltige Entwicklung

5 Verbände, Umweltbewegung

- Weinzierl neuer Vorsitzender des DBU-Kuratoriums
- 100 Jahre NaturFreunde
- Träger werben für FÖJ

6 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Agrarumweltauflagen zu schwach
- Länder-Förderstopp für Ökolandbau
- 15 % weniger Pestizide bis 2015
- Herkunftsangabe für Ökoprodukte
- Nachhaltig: EcoTopTen-Produkte
- Urwaldschutzgesetz in Arbeit

9 Energie, Klima

- Dena-Studie zum Windkraft-Ausbau
- WKA: Standortfaktor Vogelschlag
- Sicherheitsmängel: AKW lief weiter
- Kerosinsteuer rechtlich zulässig
- Öko-Institut zahlt für Emissionen
- Sonderbriefmarke zum Klimaschutz

12 Gentechnik

- Beamte warben für Gen-Mais
- Gen-Mais-Anbau nimmt stark zu
- Künast stoppt Produktentwicklung
- Taktieren um Gentechnikgesetz
- Agro-Gentechnik gefährdet Jobs

14 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Daten zur Natur 2004
- Nachhaltige Produkte kommen an
- Karikaturenwettbewerb entschieden
- Steuern auf Landschaftsverbrauch
- Arbeit und Umwelt: CDU/CSU-Konzept

16 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Imagekampagne für den Naturschutz
- 2006 wird Jahr der Naturparke
- Waldsterben: Sofortprogramm nötig
- Für Schüler: Erlebnisbogen Wald

18 Verkehr, Tourismus

- Maßnahmen gegen Feinstaub
- Kampagne: Ohne Auto in den Urlaub
- Fluglärm-Klagen eingeschränkt

20 Wasser, Meere

- Umweltminister beschließen Elbe-Plan
- Hochwassergesetz beschlossen
- Mehr wassergefährdende Stoffe

22 Service

- Ausschreibungen, Termine, Umweltsendungen, Informationsquellen, Diskussionsforen

Hubert Weinzierl neuer DBU-Kuratoriumsvorsitzender

Stiftung fördert Umweltforschung und -bildung sowie Naturschutz

Der DNR-Präsident Hubert Weinzierl ist im März zum Vorsitzenden des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gewählt worden. Er folgt damit dem früheren Bundesbankpräsidenten Ernst Welteke, der zuvor den Posten inne hatte. Als stellvertretender Vorsitzender wurde der mittelständische Unternehmer Alfred Ritter gewählt.

Die DBU war Ende der 80er Jahre vom damaligen Finanzminister Theo Waigel und seinem Staatssekretär, dem späteren Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer, initiiert und 1990 durch den Deutschen Bundestag ins Leben gerufen worden. Die Stiftung erhielt ein Kapital von damals 1,28 Milliarden Euro, das aus der Privatisierung der bundeseigenen Salzgitter AG stammte. Durch kontinuierliche Rücklagenbildung betrug das Stiftungskapital Ende vergangenen Jahres über 1,6 Milliarden Euro.

Seit der Gründung wurden über 5.900 Projekte mit einer Fördersumme von über einer Milliarde Euro bewilligt, davon rund 40 Prozent in den neuen Bundesländern. Die DBU fördert umweltentlastende Innovationen, vor allem Kooperationen kleiner Unternehmen mit Forschungseinrichtungen. Neben Umweltforschung und -technik werden auch Naturschutz und Umweltbildung unterstützt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Os-nabrück
Tel. 0541 / 9633-521, Fax -198
eMail: presse@dbu.de
www.dbu.de

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

100 Jahre NaturFreunde

Verband will in Zukunft Zeichen beim Klimaschutz setzen

Die NaturFreunde Deutschlands wollen sich in Zukunft vorrangig dem Thema Klimaschutz widmen. Das hat der Verband auf dem Bundeskongress in seinem hundertsten Jubiläumjahr Mitte März in Potsdam beschlossen. Bereits seit 2001 setzen sich die NaturFreunde für Erneuerbare Energien, energieeffiziente Technologien und Energiesparen ein. Der Kongress war Auftakt für einen bundesweiten Klimawettbewerb, der weitere gute Beispiele des praktischen Klimaschutzes auf den Weg bringen soll.

Außerdem wählte der Kongress einen neuen Bundesvorstand. Als Vorsitzender wurde Michael Müller (MdB, Berlin) bestätigt. Die Stellvertreter/innen sind Regina Schmidt-Kühner (MdL, Karlsruhe), Simone Rieth (Kinheim/Rheinland-Pfalz) und Günther Mittelstaedt (Olching/Bayern). (mbu) ■

• Weitere Informationen

NaturFreunde Deutschlands, Warschauer Str. 8a, 10243 Berlin
Tel. 030 / 297732-65, Fax -80
eMail: presse@naturfreunde.de
www.naturfreunde.de

Unterschriftenaktion für Jugendfreiwilligendienste

FÖJ- und FSJ-Träger werben für mehr Akzeptanz bei Politiker/innen

Die Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) haben zu der bundesweiten Sympathiekampagne 2005 "Jugendfreiwilligendienste hautnah!" aufgerufen. Ziel der Kampagne ist, zukünftig mehr jungen Menschen ein FSJ bzw. FÖJ zu ermöglichen. Mit der gemeinsamen Aktion wollen die Träger über diese erfolgreichen Jugendfreiwilligendienste informieren und die Position von FSJ und FÖJ stärken. Hintergrund ist die politische Diskussion um die Zukunft der Freiwilligendienste. Politiker/innen und Öffentlichkeit sollen lebendig und "hautnah" erfahren, auf welch großes Interesse die Jugendfreiwilligendienste stoßen und was für einen Förderbedarf es dafür gibt. In der Unterschriftenaktion wird die Bundesregierung aufgefordert, "die Anzahl der FSJ- und FÖJ-Plätze entsprechend der Nachfrage auszuweiten". (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesarbeitskreis FÖJ, Sprecher Heinrich Goos, FÖJ-Betreuungsstelle beim Jugendpfarramt der Nordelbischen Kirche, Koppelsberg 1, 24306 Plön
eMail: goos@oeko-jahr.de
www.jugendfreiwilligendienste.org
www.jugendfreiwilligendienste.org/unterschriften.php

Agrarreform: Starre Pfründe statt Öko-Wende?

Die Umwelt-Auflagen für die Flächenpflege sind zu schwach

Seit die EU-Agrarreform greift, können Landwirte ihre Flächen brach fallen lassen - und bekommen trotzdem einen großen Teil der 5,5 Milliarden Euro Subventionen jährlich. Besonders profitieren davon die landwirtschaftlichen Großbetriebe im Osten. Darauf wies die Tageszeitung taz im März hin.

Hintergrund Agrarreform

Subventionen werden in Bezug zur Fläche des Hofes berechnet. Voll wirken wird die Reform 2013. Dann erhalten Landwirte pro Hektar rund 300 Euro. Das Problem: Eigentlich hatte die deutsche Bundesministerin Renate Künast strikte Öko-Auflagen geplant. Sie scheiterte aber der taz zufolge an den Agrarministern der unionsgeführten sowie der ostdeutschen SPD-Länder. Jetzt seien Prämien selbst dann garantiert, wenn Wiesen und Felder nur einmal im Jahr gemulcht - Pflanzen gemäht, zerkleinert und liegen gelassen - werden.

Abbau von Arbeitsplätzen, kein Vorteil für die Umwelt

Aus ökologischer Sicht sei das schon kritisch, sagt Reinhild Benning, Agrarexpertin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, "weil Insekten, Würmer und andere Kleintiere dabei regelrecht gehäckselt werden". Den Bauern kostet das nur 30 Euro pro Hektar. So erntet er 270 von den 300 Euro Prämie.

Dr. Jörg Gerke von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat berechnet, was das schon heute für einen Großbetrieb im Osten mit 1.000 Hektar Grünland, 1.000 Kühen und sechs Mitarbeitern heißt. Er nimmt an, dass Letztere - wie schon viele auf LPG-Nachfolgebetrieben in Uckermark oder Altmark - entlassen werden. Kühe würden abgeschafft, Lohnarbeiter übernehmen das Mulchen, der Ökobonus werde beantragt. Der Bauer, so Gerke, könne dann "eine feudale Leibrente von mehr als 360.000 Euro im Jahr" einstreichen. Die Prämie sei so wertvoll, dass sie gehortet werde.

Verschiedene Szenarien möglich - Großbetriebe profitieren immer

Bei der Prämienvergabe sind laut dem AbL-Experten zwei unterschiedliche Szenarien möglich.

1. Der Eigentümer gibt den Hof auf. Er verpachtet die Fläche nicht, sondern kassiert die Prämie. Allerdings sind Zwei Drittel der Äcker und Weiden in Deutschland verpachtet.

Wahrscheinlicher sei deshalb der zweite Fall:

2. Der Pächter löst seinen Vertrag. Er gibt den Acker an den Eigentümer zurück, behält aber das Prämienrecht, denn dieses steht grundsätzlich dem zu, der die Felder am 1. Januar 2005 bewirtschaftet hat. Die Folge: Felder ohne Prämie verlieren an Wert.

Befürchtet wird, dass Zahlungsansprüche werden künftig wie Milchquoten gehandelt werden. Davon profitieren laut Gerke vor allem "die großen Betriebe im Osten, die in den letzten Jahren viele Hektar billig gepachtet haben". Im Nachteil seien dann Neueinsteiger.

Konversion zum Ökolandbau gefährdet

Umweltverbände wie Euronatur legen deshalb eine Neuverhandlung der Prämienvergabe nahe. Nicht zuletzt sei sonst eine breite Konversion hin zu ökologischem Landbau unwahrscheinlich, da Beihilfen voraussichtlich nur noch in geringem Maße an den tatsächlichen Neulandwirt ausgezahlt würden. (du) ■

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten
Tel. / Fax 038453 / 20400
eMail: gerke.rukieten@t-online.de
Quelle: taz 4.3.2005

Förderstopp für Biobauern in fünf Bundesländern

Ministerien wollen keine langfristigen Verpflichtungen mehr eingehen

Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Thüringen und Sachsen haben einen Förderstopp für Neuumsteller auf ökologische Landwirtschaft erlassen. Aus Sicht des Erzeugerverbandes Bioland ist dies umweltpolitisch und vor dem Hintergrund stark wachsender Biomärkte kontraproduktiv. Bioland ist neben Demeter der größte Öko-Anbauverband in Deutschland.

Der Verband forderte die Länder auf, den Förderstopp zurückzunehmen. Schließlich würden die EU und der Bund dem Biolandbau eine immer größere Bedeutung zumessen. Das Verhalten der Länder bezeichnete Bioland als Willkür.

Die Ministerien argumentierten, dass sie angesichts der ab 2007 geltenden neuen EU-Förderprogramme für den ländlichen Raum keine Fünfjahresverpflichtungen mehr eingehen könnten. Nach Ansicht von Bioland gibt es für dieses Argument keine rechtliche Grundlage. Die EU biete für 2005 und 2006 jedem Land wie bisher die Möglichkeit, sowohl mit Altbetrieben als auch Neueinsteigern Fünf-Jahres-Verträge abzuschließen. Der wahre Hintergrund des Förderstopps seien wohl eher knappe Haushaltsmittel und eine falsche Prioritätensetzung in den Agrar-Umwelt-Maßnahmen, vermutet Bioland.

Ohne Förderung verzerrter Wettbewerb

Der Erzeugerverband kritisiert auch, dass durch den Förderstopp umstellungsbereiten Landwirten die vorgesehenen Fördermittel des Bundes und der EU vorenthalten werden, die zusammen zwischen 80 und 90 Prozent der Fördersumme ergeben. Die Folge: Wettbewerbsverzerrung und Abkopplung vom "Zukunftsmarkt Bio-Lebensmittel". (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 06131 / 23979-18, Fax -27
eMail: ressortvfr@bioland.de
www.bioland.de

Bis 2015: 15 Prozent weniger Pestizide in Deutschland

Umweltverbände: Wichtiger Anfang

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany) und der NABU haben die Entscheidung der Agrarministerkonferenz vom März gelobt, den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel in Deutschland in den nächsten zehn Jahren um 15 Prozent zu reduzieren.

Nach Auffassung von PAN und NABU bleibt das Ziel zwar hinter dem Machbaren zurück, doch es sei gut, dass es überhaupt ein Programm für dieses wichtige Ziel gebe. Jetzt komme es darauf an, das Programm auch tatsächlich mit wirksamen Maßnahmen auszustatten. Nur dann bestehe die Hoffnung, dass der Anteil von Lebensmitteln, in denen Spuren von Pestizid-Rückstände nachweisbar sind, spürbar gesenkt werde.

Der NABU appellierte an die Länder, die gesetzte Frist bis zum Frühjahr 2006 für die Ausarbeitung wirksamer Programme aktiv zu nutzen. Dann könne auch in absehbarer Zeit die Entlastung der Umwelt durch Pestizideinträge erreicht werden. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Naturschutzbund (NABU), Agrarreferent Florian Schöne, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-26, Fax -84
eMail: florian.schoene@nabu.de
www.nabu.de

Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany), Carina Weber, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 39-9191023, Fax -07520
eMail: carina.weber@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Ökobauern: Bio-Siegel soll Herkunft der Rohstoffe zeigen

Biokreis will erweiterte Kennzeichnung zum Schutz von Biobauern

Der Ökolandbau-Verband Biokreis hat gefordert, deutlich zu kennzeichnen, wo die Rohstoffe von Biolebensmitteln herkommen. Damit hätten Verbraucher/innen die Möglichkeit, sich für deutsche Erzeugnisse zu entscheiden. Ähnlich äußerten sich auch der Deutsche Bauernverband und andere Interessenvertreter von Landwirten in Deutschland.

Laut Umfragen bevorzugen viele Verbraucher/innen regionale Produkte. Das Bio-Siegel, das 2001 vom Landwirtschaftsministerium eingeführt wurde, ist inzwischen auf fast 24.000 Bioprodukten aufgedruckt. Gut 80 Prozent der Kunden kennen das grüne Sechseck.

Hält die Verbraucher/in ein so gekennzeichnetes Produkt in Händen, weiß sie, dass es die Bestimmungen der EG-Öko-Verordnung erfüllt. Was sie nicht weiß, ist, woher die Zutaten für dieses Produkt kommen. Die Herkunft der Rohstoffe ist häufig nicht oder nicht eindeutig gekennzeichnet. Das Problem für deutsche Landwirte liegt darin, dass immer mehr ökologische Rohware aus dem Ausland zu "deutschen" Biolebensmitteln verarbeitet wird.

Einbußen für Ökobetriebe befürchtet

Das kann laut Biokreis zu Absatz- und Gewinnverlusten bestehender Biobetriebe führen. Nach Angaben des Verbandes gibt es in Deutschland einen Umsatzzuwachs bei Ökolebensmitteln von über 10 Prozent und einen hohen Zuwachs bei den Verarbeitern. Dabei stieg die Zahl der Verarbeiter stärker als die der ökologisch bewirtschafteten Fläche. Der Biokreis befürchtet deshalb eine für Ökobauern schädliche Entwicklung. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Biokreis, Josef Brunnbauer, Regensburger Str. 34, 94036 Passau
Tel. 0851 / 7565020
eMail: brunnbauer@biokreis.de
www.biokreis.de

EcoTopTen: Liste für empfehlenswerte Produkte

Marktübersicht für den Kauf von preisgünstigen nachhaltigen Waren

Seit März gibt es für Verbraucher/innen eine professionelle Marktübersicht über Produkte, die aus Sicht des Öko-Instituts rundum empfehlenswert sind. So schonen EcoTopTen-Produkte nicht nur die Umwelt, sondern erfüllten auch Kundenwünsche nach Qualität und angemessenem Preis. EcoTopTen ist eine große Kampagne für nachhaltigen Konsum und Produktinnovationen auf Initiative des Öko-Instituts.

Bei der Bewertung der EcoTopTen-Produkte werden die Kriterien Umweltfreundlichkeit, Preis und jährliche Gesamtkosten gleichrangig gewichtet und zugleich auf hohe Qualität geachtet. Für die Produkte gibt es ökologische Mindestkriterien, die auf jeden Fall erfüllt sein müssen, zum Teil aber auch Preisobergrenzen, die nicht überschritten werden dürfen.

Innovationsziele für Unternehmen

Die Marktübersicht soll Verbraucher/innen helfen, eine schnelle Entscheidung für zukunftsfähige Produkte treffen zu können. Gleichzeitig präsentiert das Öko-Institut Unternehmen Innovationsziele aus Sicht der Verbraucher/innen, die vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) entwickelt wurden. Die EcoTopTen-Initiative wird vom Bundesverbraucherministerium, vom Bundesforschungsministerium und der Stiftung Zukunftserbe gefördert. Erste Produktübersichten können im Internet (s. u.) zu Autos, Car-Sharing, Gas-Brennwertkesseln und Holzpellettheizungen, Anrufbeantwortern im Netz und Waschmaschinen nachgelesen werden. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Öko-Institut, PF 6226, 79038 Freiburg
Tel. 0761-45295-0, Fax -475437
www.oeko.de
www.ecotopten.de

Verkauf von illegalem Tropenholz wird Straftat

Entwurf eines Urwaldschutzgesetzes weitgehend fertig

Bundesumweltminister Jürgen Trittin will den Handel mit illegal geschlagenem Tropenholz in Deutschland noch in der laufenden Legislaturperiode unter Strafe stellen. Nach einem Bericht der "Zeit" plant das BMU die Beschlagnahme der Ware sowie Bußgelder. Der Entwurf eines Urwaldschutzgesetzes ist innerhalb der Bundesregierung weitgehend abgestimmt. Das Geschäft mit verbotenem Holz ist noch immer verbreitet. Etwa 80 Prozent der deutschen Holzimporte aus Brasilien und mehr als 20 Prozent aus Russland werden illegal geschlagen. Das Urwaldholz wird zu Papier, Möbeln, Spielzeug oder Grillkohle verarbeitet.

Weil sämtliche internationalen Bemühungen erfolglos blieben, will das BMU ein nationales Kontrollsystem einführen. Danach müssen die Vermarkter belegen, dass das Holz nicht illegal in Urwäldern geschlagen wurde. Die Bescheinigung einer vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) anerkannten Zertifizierungsstelle soll als Nachweis gelten. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Bundesamt für Naturschutz (BfN),
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200
eMail: presse@bfm.de
www.bfn.de

Weitere Quelle: Die Zeit, 17.03.05,
[http://presseportal.de/
story.htx?firmaid=9377](http://presseportal.de/story.htx?firmaid=9377)

Lesenswert

Aktuelle Forschung zum Öko-Landbau im Internet

Die Wissenschaftsplattform des Zentralen Internetportals Ökologischer Landbau ist online. Hier wird tagesaktuell über wichtige Entwicklungen und Veranstaltungen in der Öko-Landbau-Forschung berichtet und auf relevante Neuveröffentlichungen hingewiesen. So werden z. B. alle freigegebenen Projektberichte der im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben veröffentlicht. Adressen und Links zu Forschungseinrichtungen, Wissenschaftlern, Projektdarstellungen und Datenbanken ergänzen den Service. Ein Newsletter informiert monatlich über aktuelle Nachrichten und Termine und berichtet über neue Ergebnisse aus dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau. (mbu)

Wissenschaftsportal des Zentralen Internetportals Ökologischer Landbau:
<http://forschung.oekolandbau.de>

■

Ausbau der Windkraft machbar und bezahlbar

Dena-Studie: Windenergie braucht neue Leitungen

Gut 15 Prozent der deutschen Stromproduktion kann bis 2015 aus Windrädern kommen. Das hat eine Studie der Deutschen Energieagentur (Dena) zur "Energiewirtschaftlichen Planung für die Netzintegration von Windenergie an Land und Offshore" im Februar ergeben. Wird die Windenergie wie geplant ausgebaut, sinken auch die Treibhausgasemissionen: zwischen 20 und 40 Millionen Tonnen weniger Kohlendioxid seien machbar, heißt es.

Für Verbraucher/innen ist das laut Studie auch bezahlbar. Gut 16 Euro mehr pro Jahr müsste ein Privathaushalt mit 4.000 Kilowattstunden Verbrauch dann dafür bezahlen.

Keine "Horror-Szenarien" zu befürchten

Sowohl der Bundesverband Windenergie als auch der Verband der Deutschen Elektrizitätswirtschaft (VDEW) zeigten sich mit den Ergebnissen der Studie zufrieden. Die Windkraft-Befürworter sehen mit der Studie das "Horror-Szenario einer unsicheren Stromversorgung" ad absurdum geführt. Der BUND lobte den Ausbau der Windenergie als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Aber auch die Kritiker sehen sich bestätigt. Die Studie zeige, dass das Wachstum der Windkraft die Stromnetze derzeit bis an ihre Grenzen belaste, so der VDEW.

850 km längeres Hochspannungsnetz notwendig

Die Dena forderte, rund 400 Kilometer Netzleitungen zu verstärken und 850 Kilometer neu zu bauen. Das werde rund 1,1 Milliarden Euro kosten, was etwa 5 Prozent der ohnehin jährlich erfolgenden Netzinvestitionen entspricht. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Energie-Agentur (dena),
Chausseestr. 128a, 10115 Berlin
Tel. 030 / 7261656-0, Fax -99
eMail:
info@deutsche-energie-agentur.de
www.deutsche-energie-agentur.de

Neue Meta-Studie zu Windkraft und Artenvielfalt

Differenzierte Auswirkungen der Anlagen auf Vögel und Fledermäuse

Das Michael-Otto-Institut im NABU hat im März eine Studie zu den "Auswirkungen regenerativer Energiegewinnung auf die biologische Vielfalt am Beispiel der Vögel und Fledermäuse" veröffentlicht. Danach sind vor allem Greifvögel wie Seeadler und Rotmilan gefährdet. Besonders unfallträchtig für Vögel seien Anlagen an Gewässern und anderen Feuchtgebieten. Windräder in der Umgebung von Wäldern stellen wiederum für Fledermäuse eine große Gefahr dar. In vielen anderen Bereichen ist jedoch die Windkraftnutzung je nach Anlagengröße und -verteilung aus Sicht der Vogelschützer problemloser.

Der Ausbau der Windenergie ist im Hinblick auf die Folgen für Vögel und Fledermäuse nicht unumstritten. Die Untersuchung basiert auf einer Auswertung von 127 Einzelstudien aus zehn Ländern. Nicht nur das Unfallrisiko durch Windkraftanlagen wurde darin berücksichtigt, sondern auch ihre Scheuchwirkung auf rastende Vögel. So meiden Gänse, Schwäne und Watvögel die Umgebung von Windkraftanlagen und können dadurch wertvolle Rastgebiete verlieren.

Keine Windräder an ökologisch sensible Standorte

Es komme auf eine vernünftige Risikoabschätzung im Einzelfall an, heißt es in der Studie. Windkraftanlagen an Seen, Feuchtgebieten und Wäldern sollten vermieden werden. Auch sollten wichtige Rastgebiete von Gänsen, Schwänen und Watvögeln weiträumig gemieden und Zugkorridore von der Windkraftnutzung freigehalten werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Frank Musiol, Referent für Klima und Energie,
Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: frank.musiol@nabu.de
www.nabu.de/energie

Sicherheitsmanagement mangelhaft - AKW lief weiter

Störfallbehebung in Philippsburg war nicht gesichert

Im Februar hat das Bundesumweltministerium (BMU) erneut Mängel im Sicherheitsmanagement des Atomkraftwerks Philippsburg 2 festgestellt. Der Betrieb der Anlage wurde seit Juni 2004 fortgesetzt, obwohl seit diesem Zeitpunkt nicht mehr sichergestellt war, dass die Betreiber einen Störfall mit plötzlichem Kühlmittelverlust in den Griff bekommen würden. Erst nachdem die Staatsanwaltschaft mit einer Zeugenvernehmung gedroht hatte, traf der Energiekonzern EnBW im Januar erforderliche Maßnahmen und teilte dies der Aufsichtsbehörde mit.

Nun ist zwar gewährleistet, dass das AKW im Reparaturfall abgeschaltet wird und bei einem kurzfristigen Ausfall eines Kühlkreislaufs ausreichend Kühlmittel zur Verfügung steht. Trotz mehrfacher Aufforderung hat EnBW bis heute jedoch nicht dargelegt, warum die sicherheitstechnisch erforderliche Maßnahme erst nach mehr als sechs Monaten ergriffen wurde.

Konzern soll Verzögerung erklären

Bereits 2001 war das AKW Philippsburg 2 wegen Mängeln im Sicherheitsmanagement nach Intervention des BMU vom Netz genommen worden. Die Wiederaufnahme des Betriebs wurde damals nur unter der Bedingung erlaubt, dass ein wirksames Sicherheitsmanagement in der Anlage aufgebaut wird. Das BMU hatte deshalb das baden-württembergische Umwelt- und das Wirtschaftsministerium im Februar dieses Jahres aufgefordert, den Betreiber dazu zu verpflichten, seine Entscheidungsprozesse in einer Ursachenanalyse detailliert offen zu legen. Außerdem soll EnBW verpflichtet werden, künftig bei Zweifeln an der Störfallbeherrschung sofort die Aufsichtsbehörde zu informieren und notwendige Maßnahmen zu treffen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Kerosinsteuer rechtlich zulässig

Gutachten: Bei innerstaatlichen Flügen ist Steuer auf Flugbenzin machbar

Auf Initiative des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) hat das Bundesumweltministerium im März ein Rechtsgutachten zur Kerosinsteuer vorgestellt. Das Gutachten der Universität Würzburg im Auftrag des Umweltbundesamtes kommt zu dem Ergebnis, dass die Besteuerung von Flugbenzin bei innerstaatlichen Flügen rechtlich zulässig ist.

Der VCD zeigte sich erfreut über die Ergebnisse der Studie und forderte die Bundesregierung auf, zusammen mit anderen Vorreiterstaaten wie Frankreich, Großbritannien, Österreich, Niederlande und Schweiz eine Kerosinsteuer für Inlandsflüge und für die Flüge zwischen diesen Staaten einzuführen. Andere EU-Länder könnten dann bald diesem Beispiel folgen, so die Strategie des VCD. Zwar sei eine EU-weite Kerosinsteuer, wie zuletzt von mehreren europäischen Finanzministern gefordert, der bessere Weg. Das Einstimmigkeitsprinzip im EU-Finanzministerrat würde eine Umsetzung jedoch lange verzögern.

370 Millionen Euro Steuern in der Luft

Die Einführung einer Kerosinsteuer ist aus Sicht des VCD ein wichtiger Beitrag zur Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung zwischen den Verkehrsträgern. Dem Bund entgehen laut Bundesfinanzministerium wegen der Mineralölsteuerbefreiung für den innerdeutschen Flugverkehr jährlich 370 Mio. Euro. Auch für den Klimaschutz sei die Kerosinsteuer notwendig. Ansonsten mache der rasant wachsende Flugverkehr alle Erfolge im Klimaschutz durch das Kioto-Protokoll in wenigen Jahren wieder zunichte. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Luftverkehrsexperte Helmar Pless, Eifelstr. 2, 53110 Bonn
Tel. 0228 / 98585-20, Fax -10
eMail: helmar.pless@vcd.org
www.vcd.org

Klimaschutz: Umweltforscher betonen Eigenverantwortung

Mitarbeiter des Öko-Instituts zahlen Ausgleich für ihre Flüge

Nach Inkrafttreten des Kioto-Protokolls Mitte Februar hat sich das Öko-Institut verpflichtet, die Emissionen aus Flugreisen seiner Mitarbeiter/innen zu kompensieren. Mit den Zahlungen werden Investitionsmaßnahmen finanziert, die Treibhausgasemissionen reduzieren und damit die durch die Flüge entstandenen Emissionen wieder ausgleichen sollen.

Verfahren nicht unumstritten

Die Kompensationszahlungen fließen in CO₂-Minderungsprojekte, die nach dem sogenannten "Gold Standard" des WWF zertifiziert werden. Damit kämen die Investitionen nicht nur der Umwelt zu Gute, sondern leisteten auch einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in den Ländern, in denen die Minderungsprojekte stattfinden, so das Institut. In der Ökotourismus-Branche ist das Verfahren jedoch umstritten. Die geförderten Projekte seien ökologisch gesehen kein Ausgleich für die Schäden durch das Fliegen, schrieb das Fachmagazin "Verträglich Reisen".

Vorschläge zum Erreichen der Kioto-Ziele

Das Öko-Institut begründete seine Initiative mit der eigenen Verantwortung für den Klimaschutz. Weder die EU noch Deutschland könnten die im Kioto-Protokoll vereinbarten Reduktionsziele im Selbstlauf erreichen. Allein in Deutschland klaffe zwischen Emissionsziel und Realität eine Lücke von 20 Mio. t CO₂-Äquivalenten.

Zur Umsetzung der Kioto-Vereinbarungen schlägt das Öko-Institut daher weitere Maßnahmen vor - unter anderem noch mehr Energieeinsparung bei Gebäuden und Geräten, noch weniger Treibhausgasemissionen im Verkehr, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Verbesserung des europäischen Emissionshandlungssystems. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Öko-Institut Berlin, Energie- und Klimaschutz-Koordinator Felix Matthes, Novalisstraße 10, 10115 Berlin
Tel. 030 / 280486-80, Fax -88
eMail: u.roenius@oeko.de
www.oeko.de/berlin

Sonderbriefmarke "Klimaschutz geht alle an"

Aus dem Zuschlagserlös werden Klimaschutzprojekte gefördert

Zu Beginn des Jahres 2006 erscheint in der Sonderbriefmarkenserie "Für den Umweltschutz" die 8. Sondermarke mit dem Titel "Klimaschutz geht alle an". Mit den Zuschlagserlösen aus dem Verkauf der Briefmarken werden Umweltprojekte von Nichtregierungsorganisationen im Inland und Ausland gefördert. Seit 1992 emittiert die Deutsche Post alle zwei Jahre eine Sondermarke mit einem Zuschlag von 25 Cent. Bisher wurden 99 Projekte mit insgesamt rund 5 Millionen Euro gefördert.

Anträge können bis Juli bzw. September gestellt werden

Die Projekte für die Sondermarke 2006 sollen "das Bewusstsein für den Klimaschutz stärken, aktives Engagement von Bürgerinnen und Bürgern unterstützen und umweltverträgliches Verhalten fördern". Gefördert werden sowohl Inlands- als auch Auslandsprojekte, jedoch keine Investitionsvorhaben. Vor dem Hintergrund der Tsunami-Katastrophe sollen ausländische Projekte vorrangig in diesen Krisengebieten, einschließlich der betroffenen Gebiete Afrikas, gefördert werden.

► Antragsschluss für Inlandsprojekte ist der 22. Juli, für Auslandsprojekte der 1. September. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Fachgebiet I 1.3, Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), GATE/Small-Scale Project Fund, PF 5180, 65726 Eschborn

www.bmu.de/foerderprogramme/verbaendefoerderung/foerderantraege/doc/3521.php

Lesenswert

DNR-Studie zur umwelt- und naturverträglichen Windkraftnutzung

Eine umfangreiche Analyse der ökologischen Nutzung der Windkraft an Land-Standorten liegt jetzt vor. Im Auftrag des DNR hat das Ingenieurbüro Schmal + Ratzbor die Windenergienutzung in Deutschland untersucht. Neben den Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Mensch, Natur und Landschaft geht es in der Publikation unter anderem auch um die Rechtsprechung beim Thema Windkraft. Schließlich geben die Autor/innen Empfehlungen für die Planung einer umwelt- und naturverträglichen Windenergienutzung. Die Analyse soll als Grundlage für eine Informationskampagne des DNR zur Windenergienutzung dienen.¹ Die Erarbeitung der Analyse wurde von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt gefördert. (mbu)

Umwelt- und naturverträgliche Windenergienutzung in Deutschland (onshore), 132 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: DNR, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn, Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96, eMail: sekretariat@dnr.de
PDF-Datei (2 MB) zum Internet-Download: www.dnr.de/publikationen/news/docs/NaturvertraeglicheWindkraft.pdf

Pflanzenöl als Kraftstoff: Bessere Ökobilanz als Biodiesel

Während Rapsmethylester (Biodiesel) inzwischen flächendeckend verfügbar ist, hat die direkte Nutzung von Pflanzenöl als Kraftstoff in Auto- und anderen Verbrennungsmotoren noch Seltenheitswert - trotz besserer Ökobilanz. Die technischen Voraussetzungen, Umrüstkosten, Vor- und Nachteile im Nutzeralltag und weitere Themen werden mit vielen Grafiken und sehr guten Bildern auch für Laien verständlich erklärt. Dem Einsatz im Lkw-, Bus-, Bahn- und Schiffsverkehr sowie der Anwendung in Blockheizkraftwerken sind eigene Kapitel gewidmet. Im zweiten Teil gehen die Autor/innen auf das Öl selbst, die Qualitätsanforderungen, die Lagerung sowie den Anbau und dessen Auswirkungen auf die Umwelt ein. Das Buch wird durch ein umfassendes Adressen- und Bezugsquellenregister abgerundet. (db)

Barbara und Franz Eder: Pflanzenöl als Kraftstoff - Autos und Verbrennungsmotoren mit Bioenergie antreiben, Ökobuch Verlag, Staufen 2004, 110 S., 11,90 Euro, ISBN 3-936896-05-4



¹ Die Informationskampagne wird in der nächsten Ausgabe des DRB vorgestellt.

Aufsichtsbeamte für Gen-Pflanzen im Interessenkonflikt

Mitarbeiter der Zulassungsbehörde warben für Genmais

Verbraucherministerin Renate Künast will Spitzenbeamte in Kontrollbehörden für Gentechnik auf Befangenheit prüfen, nachdem das ARD-Magazin Report Mainz über eine Interessenkollision von Beamten berichtete, die für die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen zuständig sind. Hans-Jörg Buhk, Leiter des Zentrums für Gentechnologie, dem auch die "Zulassungsstelle Gentechnik" untersteht, und sein Stellvertreter Detlef Bartsch waren 2002 in einem Werbefilm für Genmais aufgetreten. Das Video wurde im Auftrag von sechs großen Gentechnikfirmen produziert. Einer der Beamten verweist darin auf angebliche wirtschaftliche Vorteile beim Einsatz von Genmais.

Die gleichen Beamten vertreten jedoch Deutschland bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Der EFSA gegenüber präsentierten sie sich als "unabhängige Experten" und gaben an, keinerlei Interessen zu vertreten.

Nach dem Beamtenrecht seien derartige Privataktivitäten von Spitzenbeamten untragbar, sagte dazu der Experte für Beamtenrecht Ulrich Battis. Das sei ein Verstoß gegen die Pflicht zur unparteiischen Amtsführung. Buhk war vom Bundesgesundheitsministerium bereits 2002 "auf die Gefahr einer Interessenkollision" und auf seine beamtenrechtlichen Pflichten hingewiesen worden.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen verlangte eine eingehende Überprüfung der Missstände. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) forderte Ministerin Künast auf, dafür zu sorgen, dass Fachleute der Zulassungsbehörden nicht unzulässig mit der Gentechnik-Industrie verbunden sind. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

Gentech-freie Landwirtschaft wird immer schwieriger

Für 2005 sind bereits 1.000 Hektar Genmais-Anbau geplant

Der BUND, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und das Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen (IAW) haben vor dem Anbau von gentechnisch verändertem Mais gewarnt. Für dieses Jahr sind in ganz Deutschland rund 100 Felder auf 1.000 Hektar zur Aussaat angemeldet, die meisten davon in den neuen Bundesländern.

Nach Informationen des BUND versucht der Gentechnikkonzern Monsanto vor allem in Brandenburg genmanipuliertes Saatgut auf die Äcker zu bringen. Die Gentechnik-Anwender setzten darauf, dass das Risiko der Verunreinigung benachbarter Felder wegen der größeren Agrarflächen in Ostdeutschland geringer sei. Doch die Landwirte, die sich für einen gentechnikfreien Anbau stark machen befürchten Rechtsstreitigkeiten zwischen ihnen und den Gen-Bauern.

BUND: Gentechnikfreie Regionen statt Gentechnikgesetz

Nach Einschätzung der BUND-Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer ist das neue Gentechnikgesetz in diesem Zusammenhang nicht hilfreich. Zudem sei das Gesetz weiter unter Beschuss. Einige Länder wollten die Haftungsregeln abschwächen und den Zugang zum Standortregister erschweren. Der BUND empfiehlt statt dessen auf die verstärkte Einrichtung gentechnikfreier Regionen zu setzen. Rund 12.000 Landwirte mit etwa 430.000 Hektar Fläche haben sich bereits in über 60 solchen Regionen zusammengeschlossen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net
www.faire-nachbarschaft.de

Industrie-Genforschung aus Steuergeldern beendet

Künast stoppte Produktentwicklung in eigenem Amt

Das Bundesverbraucherministerium (BMVEL) hat im März die Mitwirkung seiner Beamten an Projekten zur "Biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen" verboten, die zuvor vom Bundesforschungsministerium (BMBF) bewilligt worden waren. Unter Druck geraten war u. a. der Genforscher Joachim Schiemann. Er ist bei der Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) beschäftigt und musste seinen Antrag zurückziehen. Es handele sich um Projekte, die nur zur Produktentwicklung dienen, hieß es zur Begründung aus dem BMVEL.

"Sicherheitsforschung muss von Herstellern bezahlt werden"

Die Umweltverbände begrüßten den Stopp der Forschungsprojekte. Es sei allein Aufgabe der Industrie, für Mensch und Umwelt sicheres Saatgut auf den Markt zu bringen, sagte der Präsident des Naturschutzbundes, Olaf Tschimpke. Es könne nicht sein, dass der Steuerzahler für eine derartige Forschung aufkomme. Nach Ansicht des NABU berücksichtigte das BMBF bei der bisherigen Förderung von Forschungsprojekten weder die Auswirkungen auf die ökologische Landwirtschaft noch auf die Umwelt oder die Erhaltung der biologischen Artenvielfalt.

Das Bundesforschungsministerium will Projekte zur Biologischen Sicherheitsforschung bis 2007 mit 12 Millionen Euro unterstützen. Gefördert werden neben der Erforschung von Kulturpflanzen, die im Freiland angebaut werden sollen, z. B. Mais, Raps oder Kartoffeln, auch Projekte zur Optimierung von Technologien zur Genübertragung bei sterilen Pflanzenlinien und neuen Markergenen sowie zum "Kommunikationsmanagement". (mbu) ■

• Weitere Informationen

NABU, Referentin für Gentechnik und Naturschutz, Dr. Steffi Ober, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-25, Fax -84
eMail: steffi.ober@nabu.de
www.nabu.de/gentechnik

Streit um Gentechnikgesetz geht weiter

Bundesrat will 2. Teil des Gesetzes wegen Haftungsregeln blockieren

Ein Ende des Streits zwischen Bund und Ländern über die Grüne Gentechnik ist nicht absehbar. Zwar hat die Bundesregierung Mitte März auch den zweiten Teil des Gentechnik-Gesetz durch den Bundestag gebracht. Die Mehrheit der Länder beschloss aber im Bundesrat eine Erklärung, in der sie sich erneut gegen die Novelle aussprach. Die Unionsländer bezeichneten das Gesetz als innovationsfeindlich und wachstumsschädlich. Das Gesetz war in einen im Bundesrat zustimmungspflichtigen und einen nicht zustimmungspflichtigen Teil gesplittet worden, um die Oppositions-Blockade zu umgehen.

Umstritten sind weiterhin besonders die Haftungsregelungen. Danach müssen die Folgen gentechnischer Verunreinigung herkömmlich bestellter Felder grundsätzlich von allen umliegenden, in Frage kommenden Gentechnik-Produzenten getragen werden. Die Kritiker des Gesetzes signalisierten, dass es in der vorliegenden Form nicht durch die Länderkammer komme.

Standortregister nicht mehr öffentlich

Der zustimmungspflichtige Teil des Gentechnik-Gesetzes sieht vor allem Verfahrensregelungen vor, die das Nebeneinander verschiedener Anbaumethoden ermöglichen. Die Bestimmungen für die Standortregister wurden als Entgegenkommen für den Unions-dominierten Bundesrat leicht modifiziert. Lediglich direkt Betroffene erhalten Zugang zu allen Informationen, auch über die konkrete Lage von Gentechnikfeldern. Die allgemeine Öffentlichkeit soll nur noch einen eingeschränkten Informationsanspruch haben.

Umweltverbände bemängeln

Aufweichung der Informationsfreiheit

Umweltverbände und Bio-Hersteller kritisierten die Änderungen im Gentechnikgesetz. Das öffentlich zugängliche Standortregister ist nach Auffassung des BUND die zentrale Grundlage für die dauerhafte Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft. Durch den erschwerten Informationszugang drohe aber die schleichende Verunreinigung des konventionellen und biologischen Anbaus. Aus Sicht des NABU stärkt die eingeschränkte Informations-

möglichkeit keineswegs das Vertrauen der Bürger in die grüne Gentechnik.

"Weiße Gentechnik": Zugeständnisse für ein Ja zum Gentechnikgesetz

Aufgeweicht werden sollen nach den Plänen des Bundesverbraucherministeriums auch die Sicherheitsvorschriften für gentechnische Verfahren in der Industrie. Diese Form der Gentechnik, die so genannte Weiße Biotechnologie, wird zum Beispiel bei der Herstellung von Enzymen für Waschmittel oder Arzneimittel angewendet. Mit der Lockerung will Verbraucherministerin Renate Künast ebenfalls der Opposition entgegenkommen.

Nach einer neuen Studie des Umweltbundesamtes (UBA) hat die Weiße Biotechnologie nicht nur wirtschaftliche, sondern auch ökologische Vorteile gegenüber konventionellen chemischen Produktionsanlagen: Die Erzeugnisse aus biotechnischer Herstellung schnitten im Schnitt in ihrer Umweltbelastung besser ab. Das gilt laut Studie z. B. für die Lederherstellung mit Biotech-Enzymen oder für Waschmittelenzyme. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Referentin für Gentechnik und Naturschutz, Dr. Steffi Ober, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-25, Fax -84
eMail: steffi.ober@nabu.de
www.nabu.de/gentechnik

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net

Umweltbundesamt (UBA), Postfach 330022, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Agro-Gentechnik gefährdet Arbeitsplätze

10 Prozent Umsatzplus in der Öko-Lebensmittelwirtschaft

Die Naturkostbranche hat sich gegen die Ansicht gewandt, die Grüne Gentechnik schaffe Arbeitsplätze. Bisher hätten die Befürworter der Agro-Gentechnik keine fundierten Zahlen für die immer wieder versprochenen Jobs vorgelegt, so der Bund für Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Wenn die Agro-Gentechnik Arbeitsplätze hervorbringe, dann in den Laboren, in denen die Öko-Erzeuger ihre Produkte auf Gentechnikfreiheit untersuchen ließen.

Die eigene Branche konnte nach Angaben des BÖLW 2004 ein Umsatzwachstum von 10 Prozent auf 3,5 Mrd. Euro realisieren. Im vergangenen Jahrzehnt wurden 75.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, während es in der Agro-Gentechnik nur einige hundert waren. Diese würden zu einem nicht unerheblichen Teil aus Steuergeldern bezahlt, so der BÖLW. Bereits jetzt seien die Hersteller von gentechnikfreien Lebensmitteln mit erheblichen Mehrkosten für Analytik und Qualitätssicherung belastet, die durch die Gentechnik entstehen, aber nicht auf den Verursacher umgelegt werden könnten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Daten zur Natur 2004 veröffentlicht

Ein Drittel der Säugetier-, Vogel- und Pflanzenarten sind bedroht

Im März haben Umweltminister Jürgen Trittin und Harmut Vogtmann, Präsident des Bundesamts für Naturschutz (BfN), die "Daten zur Natur 2004" vorgestellt. Sie geben einen umfassenden Überblick zur biologischen Vielfalt in Deutschland sowie zu Bestand und Gefährdung von Arten, Biotopen und Landschaften weltweit. Laut BfN konnten viele Erfolge im Naturschutz und der nachhaltigen Nutzung in Deutschland erzielt werden. Dennoch seien mehr als ein Drittel der hierzulande beheimateten Säugetier- und Vogelarten in ihrem Bestand bedroht, jede achte Säugetiergattung bereits ausgestorben oder verschollen. Auch jede dritte Pflanzenart sei gefährdet.

Trittin: Klimaschutz ist Naturschutz

Besonders der Verlust von Lebensräumen, die Zerstörung von Standorten und die Intensivierung der Landwirtschaft werden als Gefährdungsursachen genannt. Dabei spielt die Integration von Naturschutz in Politikbereiche wie Verkehr und Siedlung eine wichtige Rolle. Auf internationaler Ebene wird deutlich, dass die globale Klimaveränderung eine Ursache für den weltweiten Verlust der Biodiversität ist. Auf der anderen Seite führt dieser Verlust zu einer Beschleunigung des Klimawandels etwa durch den Rückgang intakter Moore oder die Zerstörung von Primärwäldern. "Vor diesem Hintergrund ist Naturschutz auch Klimaschutz und umgekehrt", bekräftigte Trittin. Laut Vogtmann wird Deutschland seine Vorreiterrolle im Naturschutz durch die konsequente Umsetzung internationaler Übereinkommen weiter ausbauen. Die "Daten zur Natur" belegten eindrücklich die Notwendigkeit dafür. (db) ■

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN),
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200
eMail: pbox-bfn@bfn.de
www.bfn.de

Daten zur Natur 2004, Landwirtschaftsverlag Münster, Schriftenvertrieb, Tel. 02501/ 8013-00, Fax -51
www.lv-h.de/bfn

Leitsystem für nachhaltige Produkte im Einzelhandel

Umweltfreundliche und faire Produkte sollen sichtbarer werden

Zum Welt-Verbrauchertag am 15. März hat Umweltminister Jürgen Trittin zu einem umweltschonenden und sozial verträglichen Einkauf aufgefordert. Um die Qualität und Attraktivität nachhaltiger Produkte sichtbar zu machen, seien sowohl entsprechende Werbung als auch Präsentation der Ware durch die Anbieter notwendig.

Nachhaltige Produkte werden bevorzugt

Das von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderte Projekt "Leitsysteme für nachhaltige Produkte im Einzelhandel" hatte gezeigt, dass Verbraucher/innen verstärkt nachhaltige Produkte kaufen, wenn ihnen die Suche im Laden oder im Internet erleichtert wird. In Kooperation mit der Verbraucher-Initiative war dafür ein Wegweiser zu nachhaltigen Produkten am Verkaufsort entwickelt und geprüft worden. In einem Test-Zeitraum von drei Monaten konnten die Umsätze von ausgewählten nachhaltigen Produkten um rund 10 Prozent gesteigert werden. (db) ■

Siehe auch Seite 8.

• Weitere Informationen

Verbraucher Initiative Bundesverband,
Umweltreferentin Heike Dickhut, Elsenstraße 106, 12435 Berlin
Tel. 030 / 536073-3, Fax -45
eMail: mail@verbraucher.org
www.nachhaltige-produkte.de

Karikaturenwettbewerb entschieden

"Umwelt? Natürlich!" vergab 100 Preise für besten Darstellungen

Die Medien berichten täglich darüber: Tierschutz, Recycling, Luftverschmutzung, Waldsterben. Auch Kinder und Jugendliche bekommen mit, dass die Umwelt leidet, ganze Tierarten vom Aussterben bedroht sind. Aus diesem Grund veranstaltet das Nachhaltigkeitsinstitut Studienkreis seit fünf Jahren den Karikaturenwettbewerb "Umwelt? - Natürlich!" Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 22 Jahren konnten sich auch diesmal am Wettbewerb beteiligen. Fast 4.000 Zeichnungen sind eingegangen. 100 Preise wurden von einer Fachjury vergeben, die die Cartoons, Zeichnungen und Kurzcomics vor allem nach der Idee hinter dem Bild, deren Umsetzung als Karikatur sowie dem zeichnerischen Können bewertete.

Preisgekrönte Karikaturen in Broschüre und Internet

Die Preisträger-Bilder sind in einer Dokumentation zusammengefasst worden und kostenlos als Broschüre bei den örtlichen Studienkreisen oder im Internet unter www.karikaturenwettbewerb.de erhältlich. (db) ■

• Weitere Informationen

Studienkreis, Universitätsstr. 104,
44799 Bochum
Tel. 0234 / 9760-01, Fax -200
eMail: karikaturenwettbewerb@studienkreis.de
www.karikaturenwettbewerb.de

Landschaftsverbrauch (be)steuern

Diskussion über Ökologische Finanzreform

Der Flächenverbrauch in Deutschland ist immer noch zu hoch. Durch eine Ausweitung der Ökosteuer auf Naturschutz und Landwirtschaft könnte einer weiteren Zersiedelung der Landschaft vorgebeugt werden. Auf einer Tagung Ende Januar haben Ökosteuer-Protagonisten, Klima- und Naturschützer die verschiedenen Instrumente einer Ökosteuer-Reform (ÖSR) diskutiert. Dies geht aus einem Artikel des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS) in der März-Ausgabe des Umwelt-Informationsdienstes punkt.um hervor.

Funktionierende Modelle aus den USA und Skandinavien

Wie Maßnahmen anderer Länder zeigen, kann dem Flächenverbrauch durchaus Einhalt geboten werden kann. So sei der Handel mit Flächenzertifikaten in den USA durchaus auf Deutschland übertragbar. Anreize für Landwirte könnten aber auch durch Abgaben auf Düng- und Pflanzenschutzmittel geschaffen werden. Erfolgreich praktiziert wird eine solche Methode beispielsweise schon in Schweden, Dänemark, Norwegen oder den Niederlanden. Dadurch sei sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Produkte gestiegen als auch der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln gesenkt worden.

Nach Meinung der Umweltexperten könnten mit solchen Maßnahmen nicht nur mehr Beschäftigungszuwachs und besserer Umweltschutz, sondern auch soziale und städtebauliche Ziele erreicht werden. In Deutschland sei vor allem an eine Reform und Anhebung der Grundsteuer zu denken. (db) ■

• Weitere Informationen

Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS), Geschäftsführer Christian Meyer, Landsbergerstr. 191, 80687 München
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14
eMail: foes@foes.de
www.foes.de

Neue Töne aus der Union zu Arbeit und Umwelt

Bundestagsabgeordnete erarbeiteten Denkschrift "Konjunktur durch Natur"

Der CSU-Umweltexperte Josef Göppel und der CDU-Wirtschaftsfachmann Dr. Joachim Pfeiffer haben ein Konzept für mehr Beschäftigung durch innovative Umweltpolitik vorgelegt. Die Denkschrift der beiden Bundestagsabgeordneten vertritt die Grundthese, dass die Verknüpfung von Grundregeln der Natur mit den Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft zusätzliche Beschäftigung bringt und so kommenden Generationen Spielräume für eigene Lebensentwürfe erhält.

Ökologie als Vorbild für Ökonomie

Göppel, der auch DNR-Präsidiumsmitglied ist, verweist auf überraschende Übereinstimmungen zwischen Abläufen in Natur und Wirtschaft: Wachstumsprozesse, Stoffkreisläufe, Umgang mit Wettbewerbsdruck. "Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft decken sich mehr als jede andere Wirtschaftsordnung mit den elementaren Gesetzen des Lebens auf der Erde. Wir müssen es schaffen, dieses Erfolgskonzept auch in die globalisierte Wirtschaft einzuführen und damit dem schrankenlosen Wettbewerb faire Regeln zu geben."

Politische Handlungsvorschläge

Die Kapitel Energie, Verkehr, Rohstoffe, Wasser und Boden enthalten jeweils politische Handlungsvorschläge. Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach einer europäischen Energiesteuer, dem allmählichen Umstieg auf Nutzungsgebühren für Verkehrsstrecken, gezielterer Förderung von Altbausanierung sowie differenzierten Grundsteuersätzen gegen Flächenverbrauch. Die Politiker betonen, die einzelnen Schritte müssten gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelt werden. "Doch je strikter und glaubwürdiger die Rahmensezung der Politik ist, umso weniger muss sie eingreifen." Göppel und Pfeiffer wollen, dass über ihre Ideen parteiübergreifend diskutiert wird. (mb) ■

• Weitere Informationen

Josef Göppel/Joachim Pfeiffer: Konjunktur durch Natur - Wege zu mehr Beschäftigung mit marktwirtschaftlicher Umweltvorsorge, R. Mankau Verlag, Murnau 2005, 86 S., 9,90 Euro, ISBN 3-9809565-8-X
www.goepfel.de

Lesenswert

Jahrbuch Ökologie 2005

Das Jahrbuch informiert über die ökologische Situation und Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt. Dabei werden auch die staatliche und internationale Umweltpolitik analysiert und kritisiert. Neben den Themen "nachhaltiges Wirtschaften" und "Ressourcenkonflikte" geht es schwerpunktmäßig um "regenerative Energien", darunter die Wirkungen von Offshore-Windparks auf die Fauna. Eingegangen wird aber auch auf neue Impulse für die Umweltbildung an Schulen durch den Dialog mit Unternehmen oder auf Sinn und Zweck des neuen Nordeifel-Nationalparks. (db)

Günter Altner (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2005, C.H. Beck Verlag, München 2004, 288 S., 14,90 Euro

Modellvorhaben "Regionen der Zukunft"

Die Schriftenreihe des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) stellt in ihrer 45. Ausgabe die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellvorhabens "Regionen der Zukunft" vor. Dieses Netzwerk führt die Arbeit des gleichnamigen Wettbewerbs fort, mit dem regionale Agenda-21-Initiativen in Deutschland gefördert und selbsttragende Strukturen für eine nachhaltige Regionalentwicklung aufgebaut werden sollten. Nach einem Einführungsteil folgt eine ausführliche Darstellung der Akteure, Institutionen und Strategien in den "Regionen der Zukunft". Zum Schluss werden zentrale Ergebnisse des "Coaching für eine nachhaltige Regionalentwicklung" an acht ausgewählten Modellregionen vorgestellt. (db)

Thorsten Wiechmann, Sabine von Löwis, Johann Kaether (Hrsg.), IÖR-Schriften 45, 12,- Euro, ISBN 3-933053-26-9; Bezug: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Weberplatz 1, 01217 Dresden, Tel. 0351 / 46792-67, Fax -12, eMail: gisela.richter@ioer.de
■

Naturschutz-Imagekampagne in Regional- und S-Bahn

Bayern: Naturschutz ist erfolgreich

Mit einer Plakataktion in der Münchener S-Bahn und der Bayerischen Oberlandbahn (BOB) will die Gregor-Louisoder-Umweltstiftung auf die Erfolge der Naturschutzbewegung aufmerksam machen. Schon Anfang des Jahres lief die Kampagne in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn und vielen Einrichtungen der Umweltbildung an. Um die wirksame Arbeit der Naturschutzorganisationen mehr in das öffentliche Bewusstsein zu bringen, zeigen die Plakate der Umweltstiftung Landschaften, die ohne dieses Engagement nicht mehr existieren würden. So z. B. das Isartal, das dem Bau einer Autobahn weichen sollte. Aber auch Naturparke werden als Motive genutzt, die das Naturerbe Deutschlands schützen und zunehmend beliebte Urlaubsziele sind. (db) ■

• Weitere Informationen

Gregor Louisoder Umweltstiftung, Vorstandsvorsitzender Claus Obermeier, Briener Straße 46, 80333 München
Tel. 089-54212142, Fax -52389335
eMail: info@umweltstiftung.com
www.umweltstiftung.com

2006 wird Jahr der Naturparke

Großschutzgebiete wollen sich mit nachhaltigem Tourismus profilieren

2006 veranstalten der Verband Deutscher Naturparke (VDN) und Europarc Deutschland das Jahr der Naturparke 2006. Mit Bundespräsident Horst Köhler als Schirmherr und dem Deutschen Tourismusverband (DTV) als Kooperationspartner lautet das Motto "Natürlich Naturparke". Laut DTV bieten Naturparke besondere Chancen für die Entwicklung von attraktiven und nachhaltigen touristischen Angeboten. Dies zeigten u. a. der Bericht des Bundestags "Tourismus in Großschutzgebieten" sowie die Ergebnisse der vom BMU geförderten Studie "Ökonomische Effekte von Großschutzgebieten".

Spezielle Reiseangebote aus den 90 Naturparks Deutschlands

Spezielle Angebote sollen das Jahr der Naturparke 2006 ausmachen. Dabei kann man die Natur z. B. zu Fuß, mit dem Fahrrad oder auf dem Wasser erleben oder auf geführten Wanderungen und in Informationszentren Natur und Region kennen lernen. Nach Meinung des VDN ist eine gelungene Kooperation zwischen Touristikern und Naturparkvertretern für die erfolgreiche Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus in Naturparks entscheidend.

Seit Anfang des Jahres veröffentlicht der Verband Reiseangebote aus den mehr als 90 Naturparks Deutschlands unter www.naturparke.de im Internet, um zu zeigen, dass "Naturparke attraktive Natur- und Kulturerlebnisregionen sind, die es lohnt zu entdecken". (db) ■

• Weitere Informationen

Verband Deutscher Naturparke (VDN), Dahlmannstr. 5-7, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 921286-0, Fax -9
eMail: info@naturparke.de
www.naturparke.de

Deutscher Tourismusverband (DTV), Bertha-von Suttner-Platz 13, 53111 Bonn
Tel. 0228-985220, Fax -698722
eMail: kontakt@deutschertourismusverband.de
www.deutschertourismusverband.de

Sofortprogramm gegen das Waldsterben

Robin Wood fordert umweltgerechte Tierhaltung und Verkehrswende

Die Umweltorganisation Robin Wood hat ein Sofortprogramm zum Schutz der Wälder gefordert. Ziel ist es, den Eintrag von Stickstoff in die Wälder zu verringern. Nötig sei dafür das Einschränken der Massentierhaltung und die Förderung einer ökologischen Verkehrswende, so der Verband zum Internationalen Tag des Waldes am 21. März.

86 Prozent der Buchen und 83 Prozent der Eichen geschädigt

Schon 1984 zeigten 56 Prozent aller Waldbäume Schäden. Zehn Jahre später waren es schon 69 Prozent und laut Waldzustandsbericht 2004 liegen die Zahlen nun bei 72 Prozent. Wenn sich dieser Trend fortsetzte, werde es in 15 Jahren keine ungeschädigten Buchen und Eichen mehr in den deutschen Wäldern geben, so Waldreferent Rudolf Fenner. Bereits heute haben 83 Prozent aller Eichen und 86 Prozent aller Buchen Schäden in ihren Laubkronen.

Stickstoffemissionen aus Verkehr und Landwirtschaft als Hauptursache

Die größte Schadstoffbelastung für den Wald stellen Stickstoffverbindungen dar, die u. a. für das Versauern des Waldbodens und die Freisetzung giftiger Substanzen verantwortlich sind. Der aktuelle Entwurf einer neuen Düngeverordnung, die auch die Lagerung und Ausbringung von Gülle regelt, muss nach Meinung von Robin Wood dringend nachgebessert werden. Sonst würden hohe Stickstoff-Emissionen weiterhin erlaubt und förderten damit die Fortsetzung der Massentierproduktion. Zudem müsse die Lkw-Maut erhöht und auf allen Fernstraßen erhoben werden, um den Transport von Gütern auf der Straße zu senken. (db) ■

• Weitere Informationen

Robin Wood, Waldreferent Rudolf Fenner, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 3808921-1, Fax -4
eMail: wald@robinwood.de
www.robinwood.de

Umweltbildungsmaterialien Wald überarbeitet

Aktion Umweltdetektiv für Klasse 2-8

Nach zehn Jahren hat der Jugendverband Naturfreundejugend Deutschlands den Erlebnisbogen Wald überarbeitet und neu aufgelegt. Die Broschüre ist Teil der Aktion Umweltdetektiv und richtet sich an Kinder von acht bis vierzehn Jahren, die dazu angeregt werden sich draußen mit Natur und Umwelt auseinander zu setzen. Die Umweltbildungsmaterialien sind außerdem für den Schulunterricht, Klassenfahrten oder Projektwochen geeignet.

Erlebnisbogen mit kindergerechtem Bestimmungsschlüssel

Der Erlebnisbogen Wald enthält u. a. Informationen über die verschiedenen "Stockwerke" eines Waldes vom Wurzelraum bis zur Kronenschicht, das anhand der Jahresringe erzählte Tagebuch eines Baumes, eine Bauanleitung für einen Insektenauger und die Geschichte eines Kalzium-Teilchens. Zudem hilft ein kindgerechter Schlüssel, die Blätter nahezu aller in Deutschland vorkommenden Bäume zu bestimmen. Zusätzlich erhalten Kinder und Jugendliche, die sich genau mit ihrer Umwelt auseinander gesetzt haben, von der Naturfreundejugend einen Umweltdetektivausweis. Dieser wird bei Rücksendung eines Untersuchungsteils im Mittelteil der Broschüre zugeschickt. (db) ■

• Weitere Informationen

Erlebnisbogen Wald, 2,50 Euro zzgl. Versand; Hrsg./Bezug:
Naturfreundejugend Deutschlands,
Haus Humboldtstein, 53424 Remagen
Tel. 0228 / 9415-0, Fax -22
eMail: info@naturfreundejugend.de
www.naturfreundejugend.de

Lesenswert

Beispiele einer verträglichen Naturnutzung

Mit der fortschreitenden Industrialisierung und dem damit verbundenen Bevölkerungswachstum sind die natürlichen Ressourcen zunehmend in Anspruch genommen worden. Trotzdem gibt es weltweit Regionen, die die Möglichkeit einer verträglichen Nutzung der Natur zeigen. Eine Broschüre des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) behandelt verschiedene Aspekte dieses vielfältigen Themenfeldes. Im Mittelpunkt stehen die Identifikation drängender Probleme sowie das Aufzeigen angemessener Lösungsansätze und Vorbeugungsstrategien. Spezifische Nutzungsformen, regionale Fallstudien und humanwissenschaftliche Fragestellungen werden im Kontext von Naturnutzungen betrachtet. (db)

Zukunftsfaktor Natur - Blickpunkt Naturnutzung; Hrsg./Bezug: BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag GmbH, 48084 Münster, Tel. 02501/ 8013-00, Fax -51, www.lv-h.de/bfn

Naturschutz und Biologische Vielfalt

Zur Umsetzung eines länderübergreifenden Biotopverbundes hat ein Arbeitskreis der Länderfachbehörden für Naturschutz zusammen mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) ein einheitliches Konzept entwickelt. Dieses beinhaltet die Erstellung eines gemeinsamen Katalogs geeigneter Auswahlkriterien für Biotopverbundflächen, die in zwei Testläufen in Bayern und Nordrhein-Westfalen auf ihre Eignung hin überprüft worden sind. In der Broschüre "Empfehlungen zur Umsetzung des § 3 BNatSchG 'Biotopverbund'" werden sowohl das entwickelte Konzept als auch die Ergebnisse der Testläufe vorgestellt. Weiterhin sind Überlegungen zur geeigneten Sicherung von Biotopverbundflächen dokumentiert. Schließlich wird eine Übersicht über mögliche Umsetzungsinstrumente gegeben. (db)

BfN (Hrsg.): Empfehlungen zur Umsetzung des § 3 BNatSchG "Biotopverbund" - Ergebnisse des Arbeitskreises "Länderübergreifender Biotopverbund" der Länderfachbehörden mit dem BfN; Verlag/Bezug: Landwirtschaftsverlag Münster, BfN-Schriftenvertrieb, Tel. 02501 / 8013-00, Fax -51, www.lv-h.de/bfn

■

Feinstaub: Kommunen dürfen City-Maut erheben

Streit um wirksame Maßnahmen gegen Grenzwertüberschreitungen

Länder und Kommunen dürfen ab sofort zur Verbesserung der Luftqualität eine City-Maut erheben. Damit sollen Autos aus den Innenstädten fern gehalten werden. Für solche Maßnahmen, insbesondere zur Reduzierung von Feinstäuben, seien die Länder und Kommunen zuständig, hieß es aus dem Bundesverkehrsministerium. Zur Zeit werde geprüft, ob eine bundesgesetzliche Regelung zur City-Maut notwendig ist, um einheitliche Rechtsverhältnisse in ganz Deutschland zu gewährleisten.

Feinstaub-Richtlinie kann in vielen Städten nicht eingehalten werden

Hintergrund ist eine EU-Richtlinie zur Verminderung gefährlicher Feinstäube in der Atemluft, die seit Januar auch in Deutschland gilt. Danach dürfen an höchstens 35 Tagen im Jahr mehr als 50 Mikrogramm Staub je Kubikmeter Luft gemessen werden. Schon jetzt ist nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe absehbar, dass dies in 47 deutschen Städten nicht eingehalten werden kann. Man rechne deshalb vielerorts mit Klagen betroffener Anwohner vor den Verwaltungsgerichten. Länder und Gemeinden müssen dann geeignete Maßnahmen durchsetzen, um die Belastung zu verringern.

Nach einem Bericht des Spiegel haben die Grünen in Baden-Württemberg einen Antrag zum Erlass eines City-Maut-Gesetzes im Landtag eingebracht. Die Partei wolle die Mauterlöse für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs einsetzen. Auch der verkehrspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, Albert Schmidt, hat sich für die Einführung einer City-Maut ausgesprochen. In London sei sie sehr erfolgreich.

Fahrverbot bei Überschreitung der 35-Tage-Obergrenze?

In rund 20 deutschen Städten droht laut Medienberichten wegen der möglichen Überschreitung der EU-Grenzwerte ein Fahrverbot. So haben Stuttgart und München bereits an den 35 zulässigen Tagen den Grenzwert für Feinstäube überschritten, die vor allem durch Abgase von Dieselfahrzeugen entstehen. Auch Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Augsburg und Berlin näherten sich der Obergrenze.

Weitere Städte hätten an 16 Tagen und mehr den Grenzwert überschritten.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Uwe Beckmeyer, sprach sich gegen Fahrverbote aus, auch wenn die Dieselpartikel-Grenzwerte in den Innenstädten regelmäßig überschritten werden. Stattdessen empfahl er bei Überschreitung der Grenzwerte eine Verkehrslenkung, die Lkw aus Wohngebieten heraushält. Die Kommunen könnten zudem Parkraum verknappen, verteuern oder Park-and-Ride-Angebote einführen.

DUH unterstützt Anwohner-Klagen

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat Ende Februar angekündigt, die Einhaltung der Luftreinhaltevorschriften gerichtlich erzwingen zu wollen. Die Organisation will Klagen für Bürger vor den Verwaltungsgerichten der Städte unterstützen, in denen der Tagesgrenzwert für Feinstäube am häufigsten überschritten wird. In Berlin wurden bereits die ersten Klagen von Hauptverkehrsstraßen-Anwohnern eingereicht.

Laut DUH sterben derzeit in Deutschland jedes Jahr 65.000 Menschen an Herz- und Kreislauferkrankungen, die auf Luftverschmutzung zurückzuführen sind. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Umweltbundesamt (UBA), Postfach 330022, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Argumente für Deutschland-Urlaub ohne Auto

UBA und VCD starten Projekt "Reiselust"

Mitte März haben das Umweltbundesamt (UBA) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) den Startschuss für ihre Kampagne "Reiselust" gegeben. Damit wollen die Behörde und der Verband die deutschen Touristen überzeugen, für den Urlaub im eigenen Land das Auto stehen zu lassen. Laut Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen hat Deutschland einen Marktanteil von 30 Prozent und bleibt damit das beliebteste Reiseziel. Ein Viertel der Urlauber fährt ohne Auto zum Ziel. Für den Rest wollen die Initiatoren des Projekts die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln attraktiver machen.

Bahnnetz soll besser mit Wander- und Radwegen verknüpft werden

Vor allem soll die Verknüpfung zwischen Bahnnetz sowie Wander- und Fahrradwegen verbessert werden. Dazu suchen UBA und VCD die Unterstützung der Regionen. Zehn touristische Gebiete haben sich bisher zu einer Mitarbeit am Projekt "Reiselust" bereit erklärt. Da die Hälfte aller Personenverkehre den Zweck haben, Menschen zu Urlaubs- oder Freizeitorten zu bringen, versprechen sich die Initiatoren hier einen starken Schub für mehr Umwelt- und Naturschutz. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

www.reiselust-deutschland.de

Klagen gegen Fluglärm eingeschränkt

Planfeststellungsbeschluss schließt Entschädigungsklagen aus

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mögliche Schadensersatzansprüche von Flughafenanwohnern wegen Lärmbelästigung eingeschränkt. In einem Urteil zum Flughafen Köln/Bonn vom Januar schlossen die Richter zivilrechtliche Entschädigungsklagen aus, wenn es für den Flughafen einen Planfeststellungsbeschluss gibt.

Die Argumentation des BGH: Anwohner könnten bereits im Planfeststellungsverfahren ihr Recht auf entsprechende Schallschutzmaßnahmen einfordern. Dies sei beim Autobahnbau ebenso. Auch die Tatsache, dass es 1959 für den Köln-Bonn-Airport gar kein Planfeststellungsverfahren gegeben hatte, ändert laut BGH nichts an dem Urteil. Nach einer Übergangsvorschrift wurde ein entsprechender Beschluss fingiert. Die Anwohner hätten im Rahmen dieses Verfahrens nachträgliche Maßnahmen einfordern können. (mbu) ■

• Weitere Informationen

mobilogischl Nr. 1/05, Berlin
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
eMail: redaktion@mobilogisch.de
www.mobilogisch.de

Az.: V ZR 72/04 vom 10.12.2004

Lesenswert

Informations-Manipulation bei der Planung großer Verkehrsprojekte

Erstmals ist die Planung von Verkehrs-großprojekten wissenschaftlich untersucht worden. An Beispielen wie dem gescheiterten Transrapid von Berlin nach Hamburg zeigen die Autoren, wie die Öffentlichkeit mit falschen Informationen manipuliert wird. So würden die Baukosten meist zu niedrig angegeben, Folgen für die Umwelt beschönigt und Risiken verschwiegen. Ein Schwerpunkt des Buches sind Bahnprojekte, aber auch das Kapitel Straße im Bundesverkehrswegeplan wird kritisch betrachtet. Auch für Bürgerinitiativen ist die Untersuchung eine geeignete Lektüre, denn auch bei kleinen Verkehrsprojekten wird häufig falsch informiert. (mbu)

Bent Flyvbjerg, Nils Bruzelius, Werner Rothengatter: Megaprojects and Risk - An Anatomy of Ambition, Cambridge University Press 2003.

Radfahren auf Spazierwegen

Der Fachverband Fußverkehr Deutschland (FUSS) hat eine "Empfehlung: Spazierwege und Fahrradnutzung" herausgegeben. FUSS ist nicht grundsätzlich gegen eine Mitbenutzung der Spazierwege durch Radler. Die Empfehlungen geben Hinweise für eine Einzelfallentscheidung vor Ort, weisen aber auch darauf hin, dass für Freizeitwege die für Gehwege in Straßenbaurichtlinien festgelegten Mindestmaße zu beachten sind. Erholungssuchende Fußgänger, Familien mit herumtollenden Kindern, gedankenverlorene Flaneure, langsam laufende Senioren, herumalbernde Jugendliche und Mobilitätsbehinderte haben ein Recht darauf, sich wenigstens auf solchen Wegen unbeschwert und auch einmal unachtsam bewegen zu können. (mbu)

Empfehlungen: Spazierwege und Fahrradnutzung; Bezug: www.fuss-ev.de oder gegen 1,- Euro Rückporto: FUSS e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030 / 4927473, Fax 4927972, info@fuss-ev.de

■

Bewirtschaftungsplan für die Elbe beschlossen

Umweltminister wollen Maßnahmen koordinieren

Die Elbeanrainer-Staaten Deutschland, Österreich, Polen und Tschechien wollen bis zum Jahr 2009 einen gemeinsamen Bewirtschaftungsplan für das Elbe-Einzugsgebiet erarbeiten. Dies haben die Umweltminister auf der Elbekonferenz Anfang März beschlossen. Damit sollen die auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene zutreffenden Maßnahmen koordiniert werden. Ziel ist es, die natürliche Funktionsfähigkeit der Gewässer als Lebensraum zu sichern bzw. wieder herzustellen und die verbliebene Belastung der Gewässer mit Schadstoffen weiter zu reduzieren.

Kritik von Umweltverbänden

Umweltverbände weisen anlässlich des Treffens auf Defizite und zukünftige Handlungsfelder im Gewässerschutz hin. Sie kritisieren u. a., dass der Wasserstraßen-ausbau hinsichtlich seiner ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen weitgehend unberücksichtigt bleibe. "Die Umweltbehörden verschweigen das Problem, um die Wirtschaftsbehörden nicht beim Elbeausbau zu stören," sagt Klaus Baumgardt von "Rettet die Elbe". Auch die verbesserte Öffentlichkeitsbeteiligung, die der "Aktionsplan Hochwasserschutz Elbe" vorsieht, handhaben die einzelnen Bundesländer sehr heterogen, kritisiert Michael Bender von der Grünen Liga. Die Umweltverbände werden den jetzt anstehenden Prozess der Erarbeitung von Monitoring-Programmen intensiv begleiten. Ziel ist ein anspruchsvoller Bewirtschaftungsplan, der dazu führt, dass möglichst viele Gewässer im Elbegebiet den guten Zustand fristgerecht erreichen. (db) ■

• Weitere Informationen

Grüne Liga, Bundeskontaktstelle Wasser, Michael Bender, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
eMail: wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

Förderkreis "Rettet die Elbe", Dr. Klaus Baumgardt, Nernstweg 22, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 393001
eMail: buero@rettet-die-elbe.de
www.rettet-die-elbe.de

Hochwasserschutzgesetz beschlossen

Ausnahmen bestätigen die Regel

Mitte März hat sich der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag auf ein Gesetz geeinigt, mit dem erstmals bundesweit einheitliche Vorgaben zum Schutz vor Hochwasser festgeschrieben werden. Demnach dürfen Baugebiete künftig nur noch in Ausnahmefällen in Überschwemmungsgebieten geplant werden. Ölheizungsanlagen müssen hochwassersicher gebaut bzw. nachgerüstet werden. Die Bundesländer werden zudem verpflichtet, in den nächsten fünf bis sieben Jahren Gewässer zu bestimmen, an denen wegen drohenden Hochwassers Überschwemmungsgebiete festgesetzt werden müssen.

Umweltminister zufrieden, Verbände kritisieren nur Einzelfragen

Die Umweltverbände beurteilten die erzielte Einigung grundsätzlich positiv, kritisieren aber, dass in Überschwemmungsgebieten weiterhin Ackerbau betrieben werden darf. Damit würden Hochwasser nach wie vor zum Verlust von Oberboden und zum Eintrag von Düngern und Pestiziden in Gewässern führen, hieß es beim NABU. Unverständlich nannte der Verband das "Blockade-Verhalten" Sachsens, das selbst stark von der Flutkatastrophe 2002 betroffen war. Der Freistaat wolle der Novelle nicht zustimmen und eine Klage gegen das Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht prüfen, falls es die Länderkammer passiere.

Umweltminister Jürgen Trittin äußerte sich positiv: "Das Gesetz wird die Hochwasservorsorge in Deutschland auf eine neue Grundlage stellen und wesentlich verbessern." Nach Verabschiedung durch Bundesrat und Bundestag könne das Gesetz schnell in Kraft treten. (db) ■

Siehe auch DRB 03.05, S. 22

• Weitere Informationen

NABU, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84
eMail: bv.berlin@nabu.de
www.nabu.de

Mehr wassergefährdende Stoffe freigesetzt

Statistisches Bundesamt: Umweltrisiko steigt

Die Belastung der Gewässer durch wassergefährdende Stoffe hat 2001 bis 2003 um durchschnittlich 29 Prozent zugenommen. Dies teilte das Statistische Bundesamt zum Tag des Wassers am 22. März mit. So stieg die bei Unfällen ausgetretene und nicht wieder gewonnene Menge von rund 2.600 m³ im Jahr 2001 auf rund 4.300 m³ im Jahr 2003.

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum fast 7.000 Unfälle registriert, bei denen ca. 15.500 m³ wassergefährdende Substanzen wie etwa Mineralölprodukte freigesetzt worden sind. Davon ereigneten sich ungefähr 11 Prozent in Wasserschutzgebieten. Die meisten Unfälle passierten bei der Beförderung. Von den rund 4.000 Fällen fielen über 3.600 auf den Straßenverkehr, rund 300 auf den Schiffsverkehr und weniger als 100 auf den Schienenverkehr. Nahezu 3.000 Fälle wurden beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, meist bei der Lagerung in Anlagen, gemeldet. (db) ■

• Weitere Informationen

Statistisches Bundesamt, Birgit Hein, Bonn
Tel. 01888 / 6448188
eMail: birgit.hein@destatis.de
www.destatis.de

Lesenswert

Das Leerfischen der Meere und seine weltweiten Konsequenzen

Seit Beginn der industriellen Fischerei Anfang der fünfziger Jahre sind die Fischbestände in den Ozeanen um 90 Prozent zurückgegangen. Zusätzlich fügen die modernen Fangmethoden den Ökosystemen der Weltmeere oft schwere Schäden zu. Anhand jahrelanger weltweiter Recherche schildert der Journalist Charles Clover die Probleme, analysiert politische und wirtschaftliche Zusammenhänge und zeigt Ansätze zur Lösung. Das Buch gibt einen Überblick über die neuesten Methoden und Technologien des Fischfangs und der Fischverarbeitung und informiert außerdem über Ansätze zur Rettung gefährdeter Bestände sowie über die Möglichkeiten und Grenzen der Aquakultur. Ein Ratgeber über bislang nicht gefährdete Fischarten rundet das Buch ab. (db)

Charles Clover: Fisch kaputt - Vom Leerfischen der Meere und den Konsequenzen für die Welt, Riemann Verlag, München 2005, 448 S. 23,- Euro, ISBN 3-570-50056-X



BMU-Projektzuschüsse 2006

Bis 22.7. Förderanträge für Natur- und Umweltschutzprojekte stellen

► Bis zum 22. Juli können Umwelt- und Naturschutzverbände Anträge zur finanziellen Förderung umweltpolitischer Maßnahmen im Jahr 2006 durch das Bundesumweltministerium (BMU) stellen.

Zuschüsse gibt es für Projekte, die das Bewusstsein und das Engagement für Naturschutz und Umweltschutz stärken. Die Schwerpunktthemen sind 2006 Energie, Klima, Verkehr, Chemikalienpolitik, saubere Luft und Schutz der biologischen Vielfalt. An den Maßnahmen muss ein besonderes Bundesinteresse bestehen. Wissenschaftliche Forschung und Investitionen können nicht gefördert werden. Weitere Einzelheiten sowie das Antragsformular finden sich auf der BMU-Internetseite. ●

Die Antragsformulare müssen sowohl per Internet als auch per Post an das zuständige Bundesamt (BfN oder UBA) gesendet werden. Der DNR berät seine Mitgliedsverbände bei der Antragstellung. ● (mbu, mb) ■

• Weitere Informationen

Für Naturschutzprojekte: Bundesamt für Naturschutz (BfN), Referat GK, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
eMail: foerderung@bfn.de
www.bfn.de

Für Umweltschutzprojekte: Umweltbundesamt (UBA), FG I 1.3, Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0
eMail: verbaendefoerderung@uba.de
www.umweltbundesamt.de

www.bmu.de ("Förderprogramme Verbände-förderung")

Deutscher Naturschutzring (DNR), stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helga.inden-heinrich@dnr.de
www.dnr.de

Wettbewerbe, Preise

NABU-Preis für nachhaltiges Bauen

► Fast 100 ha beträgt der tägliche Flächenverbrauch für Siedlungen und Verkehr in Deutschland. Dabei ist flächen- und ressourcensparendes Bauen möglich. Aus diesem Grund schreibt der NABU zusammen mit der Kathy-Beys-Stiftung den "NABU-Baupreis" aus. Bauherren, Architekten, Planer sowie kommunale Bauträger und Wohnungsgesellschaften sind aufgerufen, mit ihren Projekten im Gebäudebestand beim Wettbewerb mitzumachen. Im Mittelpunkt des stehen Alternativen zum Neubau. Einsendeschluss ist der 31. Mai. (db)
NABU-Baupreis, Anita Zenk, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin, Tel. 030 / 28498431, eMail: anita.zenk@nabu.de, www.nabu-baupreis.de

Wuppertaler Energie- und Umweltpreis

► Jedes Jahr zeichnen das Wuppertal Institut und die Energieagentur NRW die innovativsten Ideen, Konzepte, Dienstleistungen oder Projekte im Energie- und Umweltbereich aus. Der Preis ist mit 15.000 Euro dotiert und soll dazu beitragen, dass durch Produkte, die Ökonomie, Ökologie und Sozialverträglichkeit vereinen, zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Ein Innovationsbeirat will den kreativsten Bewerber/innen helfen, den Weg für die Umsetzung ihrer Ideen zu ebnet. Bewerbungen können noch bis zum 31. Mai eingereicht werden. (db)
Wuppertal Institut, Dr. Kurt Berlo, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal, Tel. 0202 / 2492-174, Fax -198, eMail: kurt.berlo@wupperinst.org, www.wupperinst.org/umweltpreis

Internationaler Fotowettbewerb

► Mit dem "Facing Sustainability Award" soll "Nachhaltigkeit ein Gesicht" gegeben werden. Dazu sind Profi- sowie Laienfotografen aufgerufen, Menschen zu fotografieren, die etwas zur Nachhaltigkeit beitragen. Es sollen sowohl Porträts entstehen, als auch Nahaufnahmen von Details, die Geschichten erzählen. Eine kurze Darstellung der oder des Portraitierten rundet die Arbeit ab und gibt damit einen Einblick in die Besonderheit der Person und warum der Teilnehmer gerade diese ausgewählt hat. Der Wettbewerb endet im Juli. (db)
Wettbewerbsbüro, Tel. 030 / 2888378-20
www.facing-sustainability.de

Neuer Studiengang

Landschaftsarchitektur und -planung: TU München bildet zum Bachelor aus

Zum Wintersemester 2005/06 beginnt an der Technischen Universität München der neu konzipierte Bachelor-Studiengang Landschaftsarchitektur und -planung. Dieser hat eine Regelstudienzeit von acht Semestern und löst den gleichnamigen Bachelor- und Diplomstudiengang ab. Durch das gemeinsame Angebot der Fakultäten für Architektur, Bauingenieur- und Vermessungswesen, Wirtschaftswissenschaften sowie der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt (WZW) werden sowohl gestalterische, naturwissenschaftlich-ökologische, ingenieur- und planungswissenschaftliche als auch wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fächer integriert. Ein Auslandspraktikum von drei bis vier Monaten an einer der Inhalten des Studiengang nahestehenden Einrichtung ist Pflicht. (db) ■

• Weitere Informationen

TU München, Studienfakultät Landschaftsarchitektur/Landschaftsplanung, Matthias Urmetzer, Am Hochanger 6, 85350 Freising-Weihenstephan
Tel. 08161 / 71-3498, Fax -4143
eMail: info_landschaft@wzw.tum.de
www.wzw.tum.de/wzw/studium/fakultaet/landschaft/bachelor

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

April

14./15.4., Tutzing bei München

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Tagung; Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger
Tel. 08158-251126, Fax -996426
satzger@ev-akademie-tutzing.de
www.ev-akademie-tutzing.de/doku/programm/tagungen.html

14./15.4., Landau (Rheinland-Pfalz)

Grundwasser - Lebensraum, Ressource, Schutzgut

Tagung; FutureCamp GmbH, Dr. Peter Rumm, München
Tel. 089 / 68008-451, Fax -333
peter.rumm@future-camp.de
www.future-camp.de/grundwasser

14./15.4., Berlin

Lokale Agenda 21: Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten

Fachtagung; Hochschule Magdeburg-Stendal, Sozial- und Gesundheitswesen, Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung
Tel. 0391 / 88647-13, Fax -36
eberhard.goepel@sgw.hs-magdeburg.de
www.difu.de/seminare/05gesundheitudmwelt.programm.pdf

14.-17.4., Berlin

Internationaler Jugendkongress Eco'n'action

BUNDjugend, Berlin
Tel. 030 / 275865-85, Fax -5
econauten@econautix.de
www.eco-n-action.de

15.4., Neumünster (Holstein)

Fünf Jahre Ökologische Steuerreform - Erfahrungen und Perspektiven

Seminar; Akademie für Natur und Umwelt
Tel. 04321 / 9071-44, Fax -32
anmeldung@umweltakademie-sh.de
www.umweltakademie-sh.de

15.4., Berlin

Bio im Tank - Chancen, Risiken, Nebenwirkungen

Fachtagung; Heinrich-Böll-Stiftung, Jörg Haas
Tel. 030 / 28534187
haas@boell.de
www.boell.de

15./16.4., Berlin

Wasser ist Zukunft - Nachhaltige Wasserversorgung im 21. Jahrhundert

Konferenz; Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Büro Winfried Hermann
Tel. 030 / 227-53082, Fax -76399
thomas.viertel@gruene-fraktion.de
www.gruene-fraktion.de

15./16.4., Tutzing bei München

Ökosteuern wohin? - Ökologische Finanzreform und Emissionshandel

FÖS-Konferenz; Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS)
Tel. 089 / 5201131-3, Fax -4
foes@foes.de
www.foes.de

15.-17.4., Iserlohn

Von Kyoto nach Köln

Tagung zu nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz; Evangelische Akademie Iserlohn, Margrit Püster
Tel. 02371 / 3521-87, Fax -69
m.puester@kircheundgesellschaft.de
www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

15.-17.4., Dorf Mecklenburg

Nachhaltige Entwicklung in europäischen Regionen

Workshop; Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dr. Wolfgang Bey
Tel. 030 / 44310-161, Fax -222
info@rosalux.de
www.rosalux.de:42000/cms/?id=5414

20.-22.4., Magdeburg

Deutscher Fundraisingkongress 2005

Workshops, Seminare; Kongressbüro neues handeln GmbH, Petra Greitschus
Tel. 0221 / 16082-15, Fax -24
fundraisingkongress@neueshandeln.de
www.fundraisingkongress.de

21.4., Arnsberg (NRW)

15. Arnsberger Umweltgespräche: "Wege zur Nachhaltigkeit im Flächenverbrauch"

Tagung; Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU)
Tel. 02932-4201, Fax -54491
lnu.nrw@t-online.de
www.lnu-nrw.de

22.4., Berlin

Das Jagdrecht: Reformbedürftig oder bewährt?

Tagung; Forschungszentrum Umweltrecht (FZU) an der Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Elke Ditscherlein
Tel. 030 / 20933-332, Fax -438
elke.ditscherlein@rewi.hu-berlin.de
www.rewi.hu-berlin.de/FZU

22./23.4., Mitwitz

Regionen voller Energie: Energieversorgung aus Land- und Forstwirtschaft

Ökologische Bildungsstätte Oberfranken
Tel. 09266-8252, Fax -6442
info@oekologische-bildungsstaette.de
www.bn-bildungswerk.de

27.-29.4., Leipzig

Ökologische Bewertung der Gewässer gemäß Wasserrahmenrichtlinie

Abschlusstagung; Koordination Biologische Bewertung (kobio)
Tel. 0201 / 856348-0, Fax -2
info@kobio.de
www.uni-essen.de/kobio/anmeldung.htm

28./29.4., Gelsenkirchen

Bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien

Wissenschaftsladen Bonn, Theo Bühler, Projektleitung
Tel. 0228 / 2-016125, Fax -65287
theo.buehler@wilabonn.de
www.jobmesse-ee.de

28.4., Frankfurt a. M.
Desertifikation - Antworten auf die weltweite Zerstörung von Landressourcen?

Tagung; Forum Umwelt & Entwicklung, Bettina Oehmen, Bonn
 Tel. 0228-359704, Fax -92399356
 b.oehmen@forumue.de
 www.forumue.de

29./30.4., Iserlohn
Wie wollen wir leben? Nachhaltigen Konsum und zukunftsfähige Lebensstile lernen und lehren

Tagung; Institut für Kirche und Gesellschaft, Ulrike Neuhaus
 Tel. 02371 / 3521-45, Fax -30
 u.neuhaus@kircheundgesellschaft.de
 www.kircheundgesellschaft.de

29./30.4., Heidelberg
Die Gartenkunst ist tot - Es lebe die Gartenkunst

Tagung; Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) und Gartenakademie Baden-Württemberg, Matthias Gehrcke
 Tel. 030 / 278715-13, Fax -55
 info@bdla.de
 www.bdla.de

29.4.-1.5., Freiburg/Br.
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf- Institut, Karl-H. Meyer
 Tel. 07673 / 8878-86, Fax -28
 meyer@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

Mai

2.5., Bonn
Bioethanol als Kraftstoff
 Kongress; Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR)
 Tel. 03843 / 6930-0, Fax -102
 info@fnr.de
 www.fnr.de/ethanol

5.-7.5., Bremen
15. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress: "Nachhaltige Stadtverkehrsziele mit EU-Hilfe"
 BUND Bremen, UMKEHR e. V., Berlin
 Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
 info@umkehr.de
 www.umkehr.de, www.buvko.de

5.-8.5., Arendsee (Sachsen-Anhalt)
Wachsender Reichtum, wachsende Armut - Auf der Suche nach einem zukunftsfähigen Lebensstil

Tagung; Versöhnungsbund, Minden
 Tel. 0571-850875, Fax -8292387
 vb@versoehnungsbund.de
 www.versoehnungsbund.de

18.-20.5., Berlin
Umweltbildung - Erneuerbare Energien für Kinder und Jugendliche

Internat. Workshop; Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Meike Rathgeber
 Tel. 030 / 428-49933, Fax -00485
 meike.rathgeber@ufu.de
 www.ufu.de

Juni

1./2.6., Bonn
Waldwirtschaft und biologische Vielfalt - Praxiserfahrungen, neue Erkenntnisse und Konzepte
 Bundesverbraucherministerium (BMVEL), Christof Schwanitz
 Tel. 0228 / 529-3467, Fax -4276
 christof.schwanitz@bmvel.bund.de
 www.verbraucherministerium.de

2.-5.6., ab Bamberg
Exkursion zu Ökosiedlungen
 Institut für Baubiologie Neubeuern (IBN)
 Tel. 08035-2039, Fax -8164
 institut@baubiologie.de
 www.baubiologie.de

3.6., Freiburg/Br.
Energiepolitik der Zukunft - und die Schatten der Vergangenheit
 Öko-Institut Freiburg, Romy Klupsch
 Tel. 0761-452 95-0, Fax -475437
 eMail: event@oeko.de
 www.oeko.de/jahrestagung

3.-5.6., Hamburg
McPlanet.com 2.0 - Konsum, Globalisierung, Umwelt
 Kongress; Attac, Frankfurt a. M.
 Tel. 069 / 900281-10, Fax -99
 info@attac.de
 www.mcplanet.com

8./9.6., Schwäbisch Gmünd
Neue Entwicklungen bei der Messung und Beurteilung der Luftqualität
 Kolloquium; VDI Wissensforum, Düsseldorf
 Tel. 0211 / 6214-201, Fax -154
 wissensforum@vdi.de
 www.vdi.de/vdi/tsv/t_kongresse_details/index.php?ID=1000753

9.6., Taufkirchen (Bayern)
Mehr Natur in Stadt und Land
 Tagung und Vernissage; VHS Taufkirchen
 Tel. 089 / 614-5140, Fax -0450
 info@vhs-taufkirchen.de
 www.vhs-taufkirchen.de

11.6., Berlin und bundesweit
GEO-Tag der Artenvielfalt
 GEO-Magazin, Tom Müller, Hamburg
 Tel. 040 / 3703-2732, Fax -172732
 mueller.tom@geo.de
 www.geo.de/artenvielfalt

17.-19.6., Schwarzwald
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
 Tel. 07764 / 933999
 meyer@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

18./19.6., Hamburg
Autofrei Wohnen
 autofrei leben! e. V., Udo Schuldtt
 Tel. 040 / 69640442
 autofrei_leben@gmx.de
 www.autofrei.de

19.6., bundesweit
Mobil ohne Auto (MoA)
 UMKEHR e. V.
 Tel. 030 / 49274-73, Fax -72
 info@umkehr.de
 www.mobilohneauto.de

20./21.6., Bonn-Königswinter
Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik - eine NGO-Standpunktbestimmung
 Tagung; Forum Umwelt & Entwicklung, Gerald Knauf, Bonn
 Tel. 0228-359704, Fax -92399356
 info@forumue.de
 www.ee-netz.de

21.6., bundesweit

Autofreier Hochschultag

Aktionstag; Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ), Berlin
Tel. 030 / 20931-749, Fax -649
geschaeftsstelle@bsoe.info
www.mobilohneauto.de

24./25.6., Wiesenfelden (Niederbayern)

Einheimische Fische im Wasser, in der Literatur und im Kochtopf

Seminar; Bund Naturschutz Bildungswerk
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

Juli

17.7., Otterndorf/Grünstrand

2. Internationaler Elbe-Badetag

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Ines Wittig,
Projektbüro Köthen (Sachsen-Anhalt)
Tel. 03496 / 21000-9, Fax -8
lebendigeelbe@duh.de
www.elbebadetag.de

21.-24.7., Erfurt

1. Sozialforum in Deutschland

Workshops, Seminare; Initiative für ein Sozialforum in Deutschland c/o Friedens- und Zukunftswerkstatt., Hugo Braun, Frankfurt/Main
Tel. 069 / 2424995-0, Fax -1
info@sozialforum2005.de
www.sozialforum2005.de

23.-31.7., Barby (Sachsen-Anhalt)

Internationales Elbe-Saale-Camp

Maria Nitschke, Ökozentrum und -institut Magdeburg (ÖZIM)
Tel. 0391 / 73-627981, Fax -15982
camp2005@elbe-saale-buendnis.net
www.netzwerk-flusslandschaften.de

August

7.-13.8., bei Mainz

12. Ökodorf-Festival

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

September

22.-25.9., Augsburg

Renexpo 2005 - Messe für Erneuerbare Energien

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.renexpo.de

23.-25.9., Schwarzwald

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

Oktober

2.10., Feuchtwangen (Mittelfranken)

Tag der Regionen

Aktionsbündnis "Tag der Regionen", Gisela Endt, Koordinationsbüro Süd
Tel. 09852-1381, Fax -615291
bund-sued@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)

EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.energetage.com

21.-24.10., Augsburg

IHE Holzenergie 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.holz-energie.de

28.-30.10., Hannover

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

November

18.-20.11., Berlin

Moderner Lehmbau 2005

Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass
Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9
info@lehmbauforum.com
www.lehmbauforum.com

2006

10.-12.3., Böblingen

erneuerbare energien 2006

Passiv-Haus 2006

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.erneuerbareenergien.com

30.5.-2.6., Bonn

28. dnt vom lokalen handeln u globaler verantwortw - 100 j. staatl. nsch veranst., bfn, bbn, dnr, land nrw - ausschreiben
dnr, helga

(db) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

► Für Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo ("TV + Radio")

TV-Vorschau

"Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm"

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
Sendungen: "Green Planet", "TierWelten", "Nature & Science" u.a.
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben
So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umwelt- und Wissenschaftsmagazin
Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk
Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wiederholung Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR)
www.hr-online.de/servicenatur

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 10.55-11.20, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)
www.tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt ("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreieckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreieckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

So 13.00-14.00 u. Mi 15.00-16.00, Radijojo!, Berlin 104,1
Berlin/Brandenburg/Sachsen:
Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet (mit FlashPlugin 6):
www.radijojo.de/projekte.html
(mb, db) ■

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

50 kostenlose Newsletter zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu "grüner" Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher Diensten ist im Internet zugänglich. (mb)

www.dnr.de/umweltinfo

Umwelt-Diskussionsforen im Internet

Grünes Forum: 13 Themenkomplexe und 16 Bundesländer zur Auswahl

► Das "Grüne Forum" ist eine ökologische Diskussionsplattform im Internet. In dem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltthemen ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, EOnergie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) und nach Bundesländern. (mb)

www.gruenes-forum.net

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb ("Bisherige Ausgaben").

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe "Weitere Informationen" unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbänderservice www.ngo-online.de.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur
www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail
- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

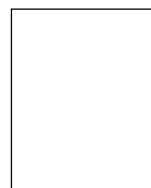
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)
- Zahlung per Bankeinzug**
- Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin